

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Staatsministerin Anna Stolz

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Julia Post

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Doris Rauscher

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Franc Dierl

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 e** auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung (Drs. 19/3248)**

#### **- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Das bedeutet 14 Minuten Redezeit für die Staatsregierung. Zugleich eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. – Ich erteile Frau Staatsministerin Anna Stolz das Wort.

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sprache ist der Schlüssel zu Bildungserfolg, zu Integration und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Deswegen ist es entscheidend, dass wir frühzeitig, also schon bei unseren Kleinsten, mit der Förderung beginnen. Deshalb habe ich verbindliche Sprachtests und verbindliche Förderung zu einem zentralen Bestandteil der Pisa-Offensive gemacht. Ausreichende Deutschkenntnisse sind sozusagen die Basis der Basiskompetenzen. Nur wer Deutsch kann, kommt in der Schule mit. Mit dem heutigen Gesetzentwurf schaffen wir die Grundlagen dafür.

Künftig wird es deshalb verpflichtende, standardisierte Sprachstandserhebungen für alle Kinder geben, und zwar auch für diejenigen, die keine Kita besuchen, und das so frühzeitig, dass wir noch Fördermöglichkeiten haben, bevor ein Kind dann in die Schule kommt. Wir schaffen somit beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einschulung. Laut Ifo-Bildungsbarometer sind übrigens 81 % der Befragten genau für das Modell, das wir jetzt einführen: verpflichtende Tests und dann verpflichtende Förderung. Beides gehört natürlich zusammen.

Aktuell hat rund ein Drittel eines Kitajahrgangs Sprachförderbedarf. Deswegen müssen wir handeln, und zwar schnellstmöglich. Genau das tun wir jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Lehrkräfte berichten mir immer wieder, wie heraus-

fordernd das Unterrichten ist, wenn Kinder mit sehr unterschiedlichen Sprachkenntnissen starten.

Ich sage das hier in aller Deutlichkeit: Es geht nicht darum auszuschließen. Es geht genau um das Gegenteil. Es geht darum, Teilhabe zu ermöglichen, weil es – ich formuliere das immer gerne so – für mich keinen schlimmeren Ausschluss gibt, als wenn Kinder aufgrund von Sprachbarrieren dem Unterricht nicht folgen können, sie sich nicht mit ihren Klassenkameradinnen und Klassenkameraden unterhalten können und sie, wenn sie im Unterricht sitzen, nur wenig oder gar nichts verstehen. Das ist frustrierend für die Kinder, aber auch für unsere Lehrkräfte. Sprache ist die Grundlage. Deswegen müssen wir sicherstellen, dass alle Kinder mit den notwendigen Sprachkenntnissen in die Schule kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen dabei jetzt auf ein zweistufiges Verfahren. Der erste Schritt ist: Alle Kinder müssen anderthalb Jahre vor der Einschulung an einem verbindlichen Sprachtest teilnehmen. Wenn dann Sprachförderbedarf festgestellt wird, erfolgt die Verpflichtung zum Besuch einer Kita mit integriertem Vorkurs Deutsch. Dieser Vorkurs Deutsch umfasst 240 Stunden Deutschförderung, wobei hierbei pädagogische Fachkräfte des Kindergartens und schulisches Personal ganz eng zusammenarbeiten. Wichtig ist: Die Sprachförderung erfolgt nicht nur durch den Vorkurs, sondern auch durch den Besuch des Kindergartens. Es geht also neben dem Vorkurs um ein ganzes Jahr, in dem ein Kind in einer Kita Tag für Tag ganz selbstverständlich von deutscher Sprache umgeben ist und dabei lernt. So sieht effektive Sprachförderung aus, meine Damen und Herren.

Als zweiten Schritt überprüfen wir dann den Sprachstand nochmals sechs Monate vor der Einschulung bei der Schulanmeldung. Kinder, die dabei auch nicht die notwendigen sprachlichen Voraussetzungen mitbringen, werden dann wiederum verpflichtet, an

einem integrierten Vorkurs teilzunehmen, und werden vom Schulbesuch zurückgestellt.

Dieses neue Modell überzeugt gleich in mehreren Punkten:

Erstens werden alle Eltern zukünftig aktiv angeschrieben. Damit erreichen wir am Ende alle Kinder. Wir stellen sicher, dass bei der frühkindlichen Förderung kein Kind mehr durchs Raster fällt. Ja, es ist richtig: Wir nehmen dabei auch die Eltern in die Pflicht, sich um die sprachliche Entwicklung ihrer Kinder zu kümmern.

Zweitens werden die Deutschkenntnisse bei der Einschulung insgesamt besser werden, da die frühkindliche Sprachförderung künftig bei allen Kindern ansetzt. Die Kinder können dem Unterricht dann besser folgen, und die Lehrkräfte können sich wieder mehr auf die eigentliche pädagogische Arbeit konzentrieren.

Drittens sorgen wir mit unserem neuen Ansatz dafür, dass Zurückstellungen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse seltener sind, weil die Kinder eben schon früher gefördert werden.

Viertens. Kinder, die dennoch zurückgestellt und zur Teilnahme an einem integrierten Vorkurs verpflichtet werden, bekommen die Chance, sprachliche Defizite auszugleichen und ihren Schulstart dann später mit besseren Voraussetzungen zu meistern.

So, meine Damen und Herren, setzen wir Chancengerechtigkeit in Bayern um.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Eines ist mir in diesem Gesamtkontext noch wichtig: Der Sprachtest und der Vorkurs Deutsch sind nur ein Baustein unserer umfangreichen Sprachfördermaßnahmen. Hier nur zwei weitere Beispiele: Ab diesem Schuljahr gibt es in den Jahrgangsstufen 5 und 6 schulartunabhängige Deutschklassen für neu zugewanderte Kinder. Seit vielen Jahren gibt es auch DeutschPLUS-Angebote für Kinder, die in den Regelklassen unter-

richtet werden. Das zeigt einmal mehr: Unser Gesamtkonzept zur Sprachförderung ist ganzheitlich und nachhaltig.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch nicht kleinreden, dass die Umsetzung des Gesetzentwurfs aufgrund des aktuellen Mangels an pädagogischen Fachkräften und auch Lehrkräften eine Herausforderung ist. Zumindest für den schulischen Bereich kann ich aber sagen, dass wir schon in diesem Schuljahr 50 zusätzliche Stellen geschaffen haben, um mehr Sprachförderangebote machen zu können. Wir werden diese Förderungen schrittweise ausbauen. Und ja, meine Damen und Herren: Das ist auch möglich, weil sich die Personalsituation an den Grundschulen schon zum nächsten Jahr entspannen wird. In den kommenden Jahren werden also noch mehr Lehrkräfte für den Vorkurs Deutsch zur Verfügung stehen als jetzt schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die Grundlage dafür, dass alle Kinder in Bayern die gleichen Chancen auf einen erfolgreichen Schulstart haben. Wir fördern frühzeitig und effektiv und lassen kein Kind zurück. Das ist mir persönlich ganz wichtig; denn jedes Kind hat ein Recht darauf, mit guten Sprachkenntnissen in eine erfolgreiche Schullaufbahn zu starten, um später dann seine individuellen Fähigkeiten und Talente bestmöglich zur Entfaltung bringen zu können. Dabei geht es auch um Chancengleichheit und um die Frage nach einer erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft. Heute können Sie alle einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Darum bitte ich Sie, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Vielen Dank. – Mir liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von der Kollegin Julia Post von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Julia Post (GRÜNE):** Frau Ministerin, ich habe zwei Nachfragen. Erstens heißt es im Gesetzentwurf, dass 30 Planstellen, die einem Betrag von 2,3 Millionen Euro entsprechen, notwendig sind. Ich zitiere: "Diese Kapazitäten werden im Rahmen der jeweils

verfügbaren Stellen und Mittel dargestellt." Verstehe ich das richtig, dass alles aus den bestehenden Geldern finanziert und vom bereits vorhandenen Personal geleistet wird? – Sie stellen hier eben keine zusätzlichen Gelder bereit und drücken eigentlich nur fest die Daumen, dass all das von einem System geleistet werden kann, das jetzt schon unter Personalnot leidet. Wir wissen, dass wir bis zum Jahr 2026 auf jeden Fall Lehrermangel haben. Sehe ich das richtig?

Die zweite Frage lautet: Laut Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftlichen Anfragen gibt es bisher keine Erfassung der Ergebnisse der bisher durchgeführten Sprachstandserhebungen und Beobachtungsbögen. Es findet also gar keine Evaluation statt. Ich frage Sie, auf welcher Basis und welcher Erkenntnis Sie jetzt das neue Testinstrument entwickeln, und –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Sehr geehrte Kollegin, Ihre Redezeit ist vorbei.

**Julia Post (GRÜNE):** – planen Sie für die Zukunft eine Evaluation, sodass man auch weiß, was die Maßnahmen überhaupt bewirken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrte Frau Kollegin, zunächst einmal zu den 30 Planstellen: Diese beziehen sich nur auf die Testungen. Selbstverständlich gibt es weitere Stellen auch für die Vorkurse. Ich habe es eben ausgeführt: Es ist nicht richtig, dass die Staatsregierung da nicht handelt. Wir stellen in den nächsten Jahren 6.000 zusätzliche Lehrkräfte ein, und davon wird auch ein Teil für Sprachfördermaßnahmen verwandt werden, weil es eine zentrale Aufgabe ist, die wir in der Bayerischen Staatsregierung priorisieren.

Der zweite Punkt ist, dass wir selbstverständlich auch im Kindergartenbereich Personalherausforderungen haben. Die Hauptaufgabe der Testungen und der Bescheide wird in den Schulen gelöst werden. Der Personalmangel wird sich ab dem Jahr 2025

entspannen, nicht erst im Jahr 2026. Das stimmt nicht. Das steht in der Lehrerbedarfsprognose. In Summe muss ich sagen: Ja, wir können jammern und nur die Herausforderungen sehen, oder wir können anfangen, zum Wohle der Kinder zu handeln, und wir haben uns für das Handeln entschieden.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Markus Walbrunn von der AfD-Fraktion.

**Markus Walbrunn (AfD):** Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen. Eine Verständnisfrage: Sie haben erwähnt, dass bei Kindern mit Sprachdefizit eben auch der Kitabesuch verpflichtend sein soll. Im letzten Jahr hatten wir in Bayern aber laut Bertelsmann-Studie 70.000 Kitaplätze zu wenig. Wie soll das konkret ausgestaltet werden? Werden die verpflichteten Kinder gegenüber denjenigen Kindern, für die der Besuch freiwillig wäre, bevorzugt? Wie soll das funktionieren?

(Beifall bei der AfD)

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Dazu ist zu sagen, dass bereits jetzt die Verpflichtung besteht, dass die Kommunen allen Kindern einen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen. Auch jetzt besteht schon die Verpflichtung, die Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, die eben einen Vorkurs Deutsch besuchen, prioritär zu behandeln, und das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Wertes Präsidium, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! Istud, quod tu summum putas, gradus est. – Das, was du für den Gipfel hältst, ist nur eine Stufe. So verhält es sich auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung. Getrieben durch den Druck der AfD, legt uns die Staatsregierung heute einen Versuch vor, den durch die Migrantenschwemme ausgelösten Problemen an den bayerischen Schulen Herr zu werden. Inzwischen hat nämlich auch die Bayerische Staatsregierung erkannt, dass Kinder, die nicht oder nur schlecht deutsch sprechen, den Lernerfolg einheimischer Schüler behindern.

Ungefähr 18 Monate vor dem Schulbesuch soll daher bei jedem Kind eine Sprachstandserhebung durchgeführt werden, um einen etwaigen Förderbedarf zu erkennen und gegebenenfalls einen verpflichtenden Intensivkurs zum Erlernen der deutschen Sprache anzuordnen. Das alles ist in Anbetracht der babylonischen Sprachverwirrung an vielen bayerischen Schulen längst überfällig. In Hamburg wird dies schon seit zehn Jahren so praktiziert.

Bei genauerer Analyse des Gesetzentwurfs stellen sich uns in der AfD-Fraktion einige Fragen: Wäre es denn nicht sinnvoller, noch früher eine Sprachstandserhebung vorzunehmen, etwa zwei Jahre vor dem Schulbesuch, um ein noch intensiveres Lernen des Deutschen anordnen zu können? – Die Kommunalverbände konstatieren, dass durch das Gesetz ein außerordentlicher Verwaltungsaufwand für die Schulen, die Kitas und die Jugendhilfe verursacht würde. Dabei würde das verfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip aufs Schwerste missachtet, da keinerlei adäquate finanzielle Unterstützung erfolge.

Wieso versucht die Bayerische Staatsregierung nicht, sich mit den Kommunalverbänden gütlich zu einigen? – Auf die kommunalen Meldebehörden kommen doppelte Belastungen zu, da nicht nur die angehenden Schulkinder der Grundschule zu melden

seien, sondern bei der Einführung des Gesetzes ebenfalls die Kinder des Vorjahrgangs, bei denen der Sprachstand zu erheben sei.

Der von der Staatsregierung im Gesetzestext angegebene Mehraufwand, sowohl personell als auch finanziell, ist entschieden zu niedrig. Zum Beispiel werden für die Ausstellung der Bescheinigung über den Sprachstand Mehrkosten in der Verwaltung von 220.000 Euro geschätzt. Das sind nur zwei Euro pro Bescheinigung. Vom fehlenden Personal für die Ausstellung der Erklärungen einmal ganz abgesehen, wie möchte die Staatsregierung dieses Dilemma lösen? – Gerade bei den Maßnahmen, die einen verpflichtenden Besuch eines Intensivkurses oder gar die Rückstellung vom Besuch der Grundschule betreffen, ist im Text des Entwurfes sehr oft von "kann", "soll" und "grundsätzlich" die Rede.

Hat die Staatsregierung hier Angst vor der eigenen Courage, oder warum finden sich hier solche juristischen Schlupflöcher, um die Maßnahmen zu umgehen? In Anbetracht der weiterhin anhaltenden Massenimmigration sind die Sprachstandserhebungen und Intensivkurse sicher eine vorübergehend richtige Maßnahme. Wenn aber nicht recht bald eine rigoros andere Migrationspolitik zur Anwendung kommt, werden auch an bayerischen Schulen in Zukunft nur noch Defizite gemessen, und die einheimischen Buben und Mädchen werden die Leidtragenden sein. Was gedenkt die Staatsregierung gegen diese Massenzuwanderung aus bildungsfernen Kulturen zu tun?

Insgesamt ist festzustellen, dass unser Staat nicht nur durch Islamisierung, Deindustrialisierung und Einwanderung in die Sozialsysteme bedroht ist, sondern auch durch Bürokratie. Während für die Problemschilderung neun Zeilen und für die Problemlösung, die mutmaßliche Lösung, noch eine halbe Seite ausreichen, braucht es für die Erläuterung der entstehenden Kosten schon fünf Seiten, und sage und schreibe sieben Gesetze und Verordnungen müssen geändert werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Peter Tomaschko.

**Peter Tomaschko (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! "Nur wer gut Deutsch spricht, kann am regulären Unterricht teilnehmen", sagte unser Ministerpräsident Markus Söder und brachte diese Initiative ein. Das heißt: Wir sehen, Bildung ist in Bayern Chefsache, und das ist auch richtig so.

Wir sprechen heute über die entscheidende Frage von Bildungserfolg oder -misserfolg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir reden in der Bildungspolitik oft über kleine Details, aber heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um die Grundlagen. Ich habe eine Schule in Augsburg besucht. Dort zeigte mir der Schulleiter eine Klasse mit 25 Kindern. Danach erzählte er mir, bei rund 20 davon gibt es mittlere bis große Sprachschwierigkeiten. Wie soll ein Lehrer hier arbeiten? Hier hilft keine Pisa-Offensive und auch keine Digitalisierung.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ihr habt sie reingeholt!)

Die Probleme der Migration, gerade der illegalen Migration, sind an unseren Schulen deutlich sichtbar und längst in den Klassenzimmern angekommen.

Ich blicke hier in Richtung GRÜNE und SPD, die immer verweigert haben, diese Probleme anzuerkennen. Wenn ich daran denke, welchen Zirkus Sie hier veranstaltet haben, als wir das Bayerische Integrationsgesetz eingebracht haben! Integration, die Pflicht zu Integration und Spracherwerb haben bei Ihnen nie eine Rolle gespielt.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Sie haben dies immer zu verhindern versucht. Das führt jetzt natürlich auch zu entsprechenden Ergebnissen.

Wir müssen hier wieder einen guten Start ins Schulleben ermöglichen, und ich meine hier den Schülern und den Lehrern. Auch an die Eltern muss das Signal gehen: Wer hier in Deutschland leben will, muss schnellstmöglich unsere Sprache lernen. Staat und Schule können Sprachkenntnisse nicht alleine vermitteln. Auch die Eltern müssen hier für ihre Kinder die Verantwortung übernehmen, weil, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sprache der Schlüssel für den Bildungserfolg und für die gesellschaftliche Teilhabe ist. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind die absolute Grundvoraussetzung für den späteren Erfolg in der Schule und im Beruf und für die Integration.

Wir wollen und fordern die Integration ab dem ersten Schultag. Dies gelingt aber nur, wenn eine gemeinsame und gute Verständigung möglich ist. Die Sprachförderung und -forderung muss weiter an Fahrt aufnehmen, damit wir das Langzeitprojekt Integration erfolgreich angehen können und es gelingen kann. Der beste Lehrer der Welt nützt nichts, wenn die Schulkinder die Sprache nicht verstehen. Können Kinder bereits bei der Einschulung dem Unterricht nicht folgen, werden sie von Anfang an abgehängt und können diesen Rückstand nachträglich kaum mehr ausgleichen. Auf der anderen Seite werden auch Kinder mit guten oder normalen Sprachkenntnissen ausgebremst, weil sich der Lehrer auf die übrigen Kinder konzentrieren muss und oftmals im Unterricht und im Lehrplan nicht vorankommt. Dies besorgt die Eltern natürlich auch. Das müssen wir ernst nehmen und entsprechend handeln. Wenn wir angesichts dieses Problems nicht hier und jetzt energisch gegensteuern, wird diese Schere immer weiter auseinandergehen. Wir reden damit von Bildungsgerechtigkeit.

Unsere heutige Gesetzesänderung sieht deswegen wesentliche Änderungen vor. Wir werden verpflichtende Sprachtests für alle Kinder einführen, sogenannte Sprachstandserhebungen. Wir haben dabei einen ehrgeizigen Zeitplan. Wir haben hier in den Arbeitskreisen der Regierungsfractionen und im Ausschuss auch noch einmal Druck gegenüber dem Kultusministerium gemacht, da wir bereits im nächsten Jahr damit

beginnen möchten. Ab März 2025 müssen alle Kinder in Bayern eineinhalb Jahre vor ihrem Grundschulstart einen verpflichtenden Sprachtest ablegen. Eineinhalb Jahre vorher ist ein guter Zeitpunkt, damit genügend Zeit für die Förderung in der Kita bleibt. Kinder, bei denen sprachliche Defizite festgestellt werden, müssen dann im Kindergarten einen Vorkurs Deutsch absolvieren, in Zusammenarbeit mit der örtlichen Kita und der örtlichen Grundschule. Der verpflichtende Sprachtest betrifft insbesondere auch die Kinder, die bisher keinen Kindergarten besucht haben. Wir haben hier mit dem etablierten Modell "Vorkurs Deutsch 240" ein richtiges und gutes Konzept. Das Angebot in Bayern lag zwar auch bisher schon auf einem sehr hohen Niveau, aber es gab auch Eltern, die diese Möglichkeiten und dieses Angebot nicht angenommen haben. Wir nehmen jetzt alle Eltern und alle Kinder in die Pflicht und bieten dies an. Das Angebot muss genutzt werden.

Wir werden die Entwicklung der Sprache bei den Kindern lückenlos kontrollieren. Circa ein Jahr nach der planmäßigen ersten Sprachstandserhebung erfolgt im Rahmen der Schulanmeldung erneut ein verpflichtendes Sprachscreening. Reichen die Sprachkenntnisse dann immer noch nicht aus, wird das Kind zukünftig verpflichtend ein Jahr zurückgestellt, um eine Kita mit Vorkurs zu besuchen. Wer nicht über die grundlegenden Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, kann die Grundschule nicht besuchen. Gerade – hier blicke ich jetzt zur linken Seite – die Bildungsromantiker bei den GRÜNEN müssen endlich einsehen, dass man Kinder nur dann fördern kann, wenn man gleichzeitig die deutsche Sprache und damit auch Leistung einfordert. Dies sehen wir auch in anderen Bereichen. Nur wer die Sprachdefizite der Kinder klar benennt und ermittelt, kann den Kindern eine Hilfestellung geben. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen sorgen wir dafür, dass Sprachdefizite ausgeglichen werden und somit alle Schulkinder die gleichen Startchancen erhalten.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist das Entscheidende und unser Auftrag, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben. Hier sprechen wir von grundlegender Bildungsgerechtigkeit. Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass sie ab dem Zeit-

punkt der Einschulung die gleichen Möglichkeiten und Startchancen haben. Ich denke, dieser Gesetzentwurf ist essenziell und sehr, sehr wichtig, um diese Basis zu legen. Ich sage auch, gute Bildung ist auch eine Frage des politischen Willens. Bayern ist Bildungsland Nummer eins. Damit legen wir heute die entsprechenden notwendigen und guten Grundlagen.

Wir werden mit diesem Gesetzentwurf in den Bildungsausschuss gehen. – Hier blicke ich nun in diese Richtung: Herr Atzinger, nur einen Zettel vorzulesen, den ihr Bildungsreferent geschrieben hat, löst nicht die Probleme in der Bildung. Ich sage Ihnen sehr, sehr deutlich: Sie haben in diesem Jahr im Bildungsausschuss noch nicht einmal mitgearbeitet. Stattdessen kommen dann Aussagen wie die, dass die Entscheidungen jemand anderes treffen soll. Ich möchte Sie auffordern, bevor Sie hier große Töne spucken, doch endlich im Bildungsausschuss mitzuarbeiten und zu versuchen, Probleme zu lösen, anstatt hier nur irgendwelche Phantasien in die Welt zu kritzeln. Das wäre Ihr Auftrag!

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu diesem Entwurf.

(Beifall bei der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Verehrter Herr Kollege Tomaschko, lieber Peter, schön, dass du uns wieder erklärt hast, wo in Bayern der Hammer bei der Bildungspolitik hängt, nämlich bei der CSU und beim Ministerpräsidenten. Du hast in deiner Rede gerade von Kindern von illegalen Migranten gesprochen, die in den Klassenzimmern sitzen. Ich möchte dich fragen: Ist dir bewusst, dass wir eine Schulpflicht ab drei Monaten haben, egal, welche Eltern die Kinder haben, und dass Bildung ein Menschenrecht ist? Das ist dir klar, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte schön.

**Peter Tomaschko (CSU):** Ich kann mich nur wiederholen. Wir geben damit allen Kindern, egal welcher Herkunft, die gleichen Chancen. Hier würde ich auch dich, liebe Gabi, noch einmal dazu einladen, in Schulen zu gehen, wo dieses Problem vorliegt, und dort mit Lehrern zu sprechen. Unser Auftrag ist es, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben und den Lehrern wieder die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeit in der Klasse zu leisten. Hier sind wir momentan an einem Punkt angelangt, an dem dies in vielen Fällen so nicht mehr möglich ist. Darum werden wir jetzt schon eineinhalb Jahre vorher beginnen. Das heißt, wir geben noch mehr Möglichkeiten und Chancen. Damit sind wir auf dem richtigen Weg. Das müssen uns unsere Kinder wert sein.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Kollege, die SPD-Fraktion ist natürlich immer für beste Förderung und Entwicklungsbegleitung aller Kinder. Ich hätte aber eine Frage an Sie, weil die eigentliche Neuigkeit jetzt die zusätzliche Testung vonseiten der Schule ist. Man muss sagen, es gab auch bisher schon Vorkurse. Mit viereinhalb Jahren gab es die Testung der Kinder und dann die Empfehlung für den Vorkurs Deutsch. Aber wir stellten bisher schon fest – das geht aus einer Anfrage an die Ministerien hervor –, dass im Schuljahr 2022/2023 fast 1.000 Kurswochenstunden weniger angeboten werden konnten. Das heißt, wir haben einen steigenden Bedarf, durchaus auch einen steigenden Bedarf an besseren Startchancen für Kinder hinsichtlich der Einschulung in die erste Klasse. Aber was sagen Sie denn dazu, dass diese Förderstunden schon bisher überhaupt nicht geleistet werden konnten? Wir bauen jetzt Stellen aus, was die Testung betrifft, aber von jeder Stunde Testung profitiert kein Kind wirklich bezüglich der Förderung im Bereich Deutsch.

(Beifall bei der SPD)

**Peter Tomaschko (CSU):** Wie ich bereits ausgeführt habe, halten wir das für den wichtigsten Bereich zum Start in die Schule. Wie Frau Ministerin eben dargestellt hat, ist es sicherlich aufgrund der aktuellen Personalsituation nicht einfach. Wir wissen aber auch – da wir diesen Wunsch ja aus der Lehrerschaft bekommen –, dass wir etwas tun müssen, damit die Kinder, wenn sie in die erste Klasse kommen, im Unterricht mitkommen, und dass hier mit enormem Engagement gearbeitet wird, sowohl auf Kindergartenseite wie eben auf Schulseite. Gerade diese geteilte Verantwortung zwischen Kindergarten und Schule ist eben dieses Erfolgsmodell. Wir haben allein in diesem Haushalt sehr viele zusätzliche Stellen geschaffen. Ich denke, mit der richtigen Prioritätensetzung im Ministerium bekommen wir es gut hin, dass diese für mich wirklich elementare Basisarbeit dementsprechend geleistet wird.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Vielen Dank. – Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Nächste Rednerin ist die Kollegin Julia Post von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Julia Post (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kind soll ab der ersten Stunde in der Grundschule dem Unterricht folgen können. Dafür muss man das, was vorne gesagt wird, natürlich verstehen und sich auch gut ausdrücken können. Dafür braucht man Sprachkompetenz, das ist klar. Das wollen Sie mit diesem Gesetzentwurf erreichen.

Da kann ich nur sagen: Ja, bitte und unbedingt mit einem ganz ehrgeizigen Zeitplan. Denn Sprache ist Chancengerechtigkeit. Da sind wir dabei. Das war es dann aber leider auch schon mit der Gemeinsamkeit; denn während Sie es beim Wollen belassen, sind wir erst zufrieden, wenn das Ziel auch wirklich erreicht ist. Was nützt denn jetzt so ein großes Ziel, wenn die Maßnahmen fehlen? Wenn am Ende Sprachkompetenz rauskommen soll, müssen Sie doch vorne auch irgendetwas reingeben. Ganz konkret: Geld für mehr Personal, für mehr Schulungen, für mehr Förderangebote und für mehr Sprachkurse.

Sie führen hier wirklich ein absurdes Schauspiel auf. Ihr Gesetzentwurf verspricht groß verbindliche Sprachstanderhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung. Aber wissen Sie was? – Das gibt es doch alles längst schon. Wir führen längst Sprachstandserhebungen durch. Was Sie jetzt als neue Sprachtestpflicht verkaufen und als tolle Innovation feiern, das ist nur Altes neu verpackt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was verändert Ihr Entwurf tatsächlich? – Kinder mit Sprachdefiziten sollen künftig nicht mehr einfach nur einen Vorkurs Deutsch angeboten bekommen, sie sollen dazu verpflichtet werden. Das klingt gut, oder? Aber wir haben da ein riesiges Problem: Diese Kurse fallen ständig aus, und zwar aufgrund von Personalmangel. Wie wollen Sie ab dem nächsten Jahr sicherstellen, dass diese Kurse auch tatsächlich stattfinden werden? Die Antworten darauf sucht man in Ihrem Gesetzentwurf vergeblich.

Obendrein haben Sie nicht einmal Daten oder eine Evaluation zu den Maßnahmen, die es schon gibt. Sie wissen also gar nicht, ob das, was wir bisher gemacht haben, überhaupt funktioniert. Und jetzt legen Sie uns ein neues Gesetz vor, ohne fundierte Grundlage. Ich frage Sie: Wie soll das in Zukunft besser überprüft werden, und auf welcher Basis entwickeln Sie eigentlich die neuen Testinstrumente?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man genau hinschaut und genau hinhört, auch bei den medialen Debatten – und das haben wir getan –, dann bleibt leider nur ein Eindruck: Sie wollen hier einfach nur munter weiter die Welle in der aktuellen Migrationsdebatte reiten. Sie packen bereits Vier- und Fünfjährige in Schubladen. Dieses Gesetz sorgt am Ende nur für mehr Aufwand, mehr Kosten und auch mehr Ausgrenzung.

Würden Sie es ernst meinen, dann hätten Sie uns heute eine echte Reform des Kita-gesetzes vorgelegt, und zwar für mehr Geld und einen besseren Personalschlüssel;

denn nur so sind Bildung und damit auch Sprachförderung statt reiner Betreuung tatsächlich gewährleistet.

Sie haben jetzt nicht nur ein vollkommen wirkungsloses und überflüssiges Gesetz zusammengeschustert, sondern Sie richten damit auch ganz aktiv Schaden an: Schaden für die Kinder, die eben nicht gefördert werden. Chancengerechtigkeit? – Fehlanzeige! Schaden für die Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen, die sich aber auch Planbarkeit für ihren Alltag wünschen; denn die sind fix und fertig. Mir lag hier bei der Demonstration am Max-Monument, als wir unseren Haushalt beraten haben, schon mal eine Mutter weinend in den Armen, weil sie so verzweifelt ist. Kinder, die in Zukunft im Kindergarten auch noch sitzenbleiben, blockieren den Platz für die jüngeren Kinder. Dabei fehlen uns doch schon heute die Kindergartenplätze. Statt dies zu ändern, verschärfen Sie das Problem nur noch.

Es ist auch ein Schaden für das Kitapersonal und für die Lehrerinnen und Lehrer, die alle schon am Zahnfleisch daherkommen und jetzt ohne jede Unterstützung noch mehr Bürokratie aufgedrückt bekommen.

Neulich sagte mir eine Kitaerzieherin: Ich liebe meinen Job, aber ich überlege, lieber irgendwo Regale einzuräumen. Dann habe ich wenigstens kein schlechtes Gewissen, weil ich den Kindern nicht gerecht werden kann.

Diese Leute dürfen wir nicht verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht zuletzt ist das ein Schaden für unsere Demokratie. Sie verkünden hier ein ganz großes Anpacken und Machen. Das weckt Hoffnungen. Doch ohne entsprechende Maßnahmen kann sich in der Realität überhaupt nichts verändern. Das werden die Menschen spüren. Das heißt, Enttäuschungen sind vorprogrammiert. Das ist das Letzte, was wir jetzt brauchen. Deshalb Ja zu Sprachförderung, Ja zu Maßnahmen, die wirklich auch etwas bringen, aber Nein zu Symbolpolitik und Nein zu diesem Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer auf den Tribünen! – Und auch noch einer in Tracht! Sehr gut! Gut schaust du aus! – Zum Gesetzentwurf kann ich nur sagen: Ja, wir brauchen es. Frau Post hat das ja auch bestätigt. Da sind wir uns also einig. So funktioniert Realpolitik. Dass nicht alles Gold ist und dass nicht alles sofort umgesetzt werden kann, weil wir uns in einem Prozess befinden, ist selbstredend. Diesen Prozess müssen wir gemeinsam gestalten.

Ich würde es unseriös finden, wenn sich die Kultusministerin hinstellen und sagen würde: Wir haben jetzt genau das Optimum erreicht und werden uns nicht mehr weiterentwickeln müssen, weil alles schon top ist. – Das macht sie nicht. Dafür bin ich sehr dankbar. Vielen Dank, Anna, dass du als Kultusministerin diesen Prozess auch im Hinblick auf die Pisa-Offensive so konsequent weitergestaltest und zum jetzigen Zeitpunkt einfach die ersten Schritte gehst. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist auch der Punkt, wenn man sich draußen in der Schullandschaft umschaut. Ich glaube, ich habe einen guten Einblick. Ich war selbst Lehrer an einer beruflichen Schule und habe selbst Berufsintegrationsklassen unterrichtet. Ich weiß, was es bedeutet, wenn die Schüler Sprachdefizite haben. Diese Sprachdefizite ziehen einen Rattenschwanz nach sich. Da gibt es Misserfolgsspiralen in der schulischen Laufbahn, und die wollen wir eben, so früh wie es geht, durch diese gezielten Maßnahmen abstellen.

Deshalb ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt anzufangen – wohl wissend, dass das nicht das Ende des Prozesses, sondern der Anfang ist. Natürlich könnte man sagen:

Wir haben gar keine Lehrer, die die Sprachförderung machen; wir haben die Tests gar nicht evaluiert. – Wir müssen uns aber doch jetzt auf diesen Prozess begeben und einfach starten. Diesen Start machen wir.

Deshalb bin ich dankbar, dass wir auch in den nächsten Haushalten zusätzliche Lehrerstellen vorsehen. Wie sich die Lehrerprognose darstellt, wird es wohl auch wieder Kapazitäten bei den Grundschullehrern und -lehrerinnen geben, die wirklich eine individuelle Sprachförderung vornehmen können. Wenn wir das nämlich nicht machen, verschwenden wir Ressourcen. Wir sind auf jeden Schüler angewiesen, der eine gute Schullaufbahn durchläuft und dann in den Arbeitsmarkt integriert wird. Deswegen machen wir das alles.

Es geht überhaupt nicht um Ausgrenzung, sondern darum, dass wir alle freien Ressourcen bestmöglich ins System integrieren. Es geht um Teilhabe, es geht um Bildungsgerechtigkeit; da sind wir auch ehrlich. Ich habe mir überlegt, ob ich den Fahrplan noch einmal vorstellen soll; ich werde ihn weglassen. Wir sind uns einig, dass wir mit diesen geplanten Prozessen genau erreichen, dass die Schüler, bevor sie überhaupt in die Schule kommen, sprachlich gezielt so gefördert werden, dass sie auch wirklich sinnvoll und bestmöglich am Unterricht teilhaben können. Das sind wir allen bayerischen Schülerinnen und Schülern schuldig – so ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend muss ich sagen: Es liegt in der Natur der Sache, dass die Opposition gegen alle Gesetzentwürfe der Staatsregierung wettet. Wir sind uns in vielen Punkten einig. Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion, dass wir uns gemeinsam auf den Weg dieses Prozesses begeben und ihn bestmöglich ausgestalten. Wir haben noch offene Punkte wie die Lehrerversorgung. Wie könnten wir die Tests sinnvoll regeln? Können wir die Testauswertungen und Rückmeldungen digital machen? Es ist alles auf dem Schirm. Wenn Sie Anregungen haben, bitte gerne, aber nicht einfach nur

schimpfen. Das wünsche ich mir für die Zukunft. So funktioniert Realpolitik. – Jetzt bin ich schon am Ende und gespannt auf die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion vor, bitte schön.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Dr. Brunnhuber von den FREIEN WÄHLERN, aus Ihrem Ministerium kommt Frau Stolz, die das hier vorgestellt hat. Sie selbst reden hier von "Rattenschwanz" und "Misserfolgsspirale". Es ist aber doch genau Ihre Politik, die dazu geführt hat. Nun sagen Sie, jetzt wäre der richtige Zeitpunkt anzufangen. Sie bekämpfen hier doch nur die Symptome. Die Ursachen dessen, nämlich die ungezügelte Masseneinwanderung, haben die FREIEN WÄHLERN zusammen mit der CSU die ganze Zeit mitgemacht, und zwar mit gravierenden Auswirkungen. Natürlich ist das Niveau an den Schulen schon heruntergegangen, das wissen wir. Die Schüler, die diesen Bedarf haben, und auch die Schüler, die diesen Bedarf nicht haben, werden komplett zusammen behandelt.

Jetzt stellt sich die Frage: Was passiert denn, wenn dieser Integrationskurs, der verpflichtend ist, das nicht auffängt? Dann haben wir eigentlich nicht viel gewonnen. Mich beunruhigt auch, was Frau Stolz gesagt hat, dass die Kommunen dafür verantwortlich sind, dass jeder einen Platz bekommt.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Es fehlen aber Plätze. Deshalb kann man diese Verantwortung nicht einfach auf die Kommunen abschieben.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die Redezeit ist um.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Daher würde mich interessieren, was Sie dazu sagen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte schön.

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** "Masseneinwanderung mitgemacht" habe ich nicht verstanden, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Lachen bei der AfD)

Es gibt Sprachdefizite bei Schülern, die eigentlich Deutsch als Muttersprache haben. Die haben auch Sprachdefizite, die genauso gefördert werden. Es sind also nicht nur die ausländischen Schüler oder nur die Schüler mit nicht deutscher Muttersprache. Insofern können wir das schon einmal abwiegeln.

Es ist einfach die Pflichtaufgabe der Kommune, die Kindertagesbetreuung sicherzustellen. Da haben wir jetzt endlich einen guten Schulterschluss der verschiedenen Ministerien, die diese Gesetzesänderung betrifft. Dieser Schulterschluss zeigt einfach, dass wir der Tatsache ins Auge sehen, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Sie können immer in die gleiche Richtung reden: Wir werden es nicht mehr wegbringen, sondern müssen mit der Sache positiv umgehen. Ich glaube, ich habe es deutlich gemacht: Wir können es uns nicht leisten, Ressourcen zu verschwenden. Das ist das Ziel dieser Gesetzesänderung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Es liegen keine weiteren Meldungen mehr vor. Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion ist Dr. Simone Strohmayr, bitte schön.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Schade, dass der Ministerpräsident nicht da ist, weil er ja die Bildungspolitik macht. Ihm hätte es auch einmal gutgetan, sich eine Bildungsdebatte anzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Ich wage eine Prognose: Kein Kind wird durch dieses Gesetz besser Deutsch sprechen. Frühe Sprachförderung – das ist heute mehrmals betont worden, Sie haben es

auch betont, Frau Ministerin – ist ein Schlüssel zu besserer Bildung, zu besserer Bildungsgerechtigkeit in Bayern; das haben auch viele Studien in den letzten Wochen und Monaten aufgezeigt. Wir haben bei der Sprachförderung hier in Bayern, vor allen Dingen bei der Frühförderung in Bayern, bei der Chancengerechtigkeit in Bayern große Defizite. Dieses Gesetz wird jedoch die Defizite nicht beheben. Das einzig Neue, was an diesem Gesetz ist, dass künftig alle Kinder mit viereinhalb Jahren auf ihren Sprachstand hin getestet werden sollen, also auch die Kinder, die nicht in der Kita sind. Das ist gut, da gebe ich Ihnen recht. Ich sage nur: Testen allein hilft nicht weiter und löst keine Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Durch Testen allein lernt kein Kind Deutsch. Ich sage es einmal so, weil hier viele Landwirte sind: Vom Wiegen und Messen allein wird die Sau nicht fett. Ich erkläre noch einmal, was das in der Bildungspolitik heißt: Jedes Kind, bei dem Sprachdefizite festgestellt werden, braucht eine kindgerechte und individuelle Förderung. Nur dann gelingt gute Bildung. Nur dann werden mehr Kinder den Schulabschluss schaffen und auch gute Arbeit finden. Genau hier bringt der Gesetzentwurf keine Verbesserung.

Schauen wir kurz darauf, wie es bisher lief: In den letzten Jahren kamen auf immer mehr Kinder mit Förderbedarf immer weniger Förderkurse, also Förderangebote. Künftig testen wir alle Kinder; da werden es sicherlich noch einmal mehr. Gleichzeitig können wir das Kursangebot nicht aufstocken, weil wir dazu nicht die nötigen Mittel und das nötige Personal zur Verfügung stellen.

Für gute Sprachförderung brauchen wir erfahrene Pädagogen, und zwar in der Kita und in der Schule. Sie haben es mehrfach angesprochen: In der Schule haben wir aber den Lehrer:innenmangel und in der Kita den Erzieher:innenmangel. Hier müssten wir eigentlich ansetzen. Wir brauchen Ressourcen, wir brauchen Personal, wir brauchen mehr Ausbildung, wir brauchen mehr Weiterbildungsmöglichkeiten. 30 Planstellen für die Testung werden doch das Förderangebot hier in Bayern nicht verbessern.

Dabei bekommt die Kita, die am meisten Arbeit hat, gar keine zusätzlichen Ressourcen.

Ich finde es besonders dramatisch, dass dieser Gesetzentwurf erhebliche Mängel hat. Er wird von den kommunalen Spitzenverbänden mit Recht abgelehnt. Ein Großteil der Mehrarbeit wird bei den Kommunen stattfinden, wird bei den Trägern der Kitas stattfinden und auch dort hängen bleiben. Die bleiben auf ihren Kosten sitzen. Es ist doch ungerecht, dass immer mehr Kosten für Bildung, für die eigentlich der Freistaat Bayern zuständig wäre, bei den Kommunen landet. Ich kann Sie nur fragen, Frau Ministerin: Sieht so das Engagement der FREIEN WÄHLER für die Kommune aus? Das kann doch nicht unsere Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Konzeption des Gesetzes ist falsch. Kinder, die schlecht Deutsch sprechen, zu verpflichten, in die Kita zu gehen, und gegebenenfalls ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, also Migrationskinder mit der Polizei in die Kita zu bringen, kann doch nicht die Antwort sein. Das ist nicht pädagogisch, es ist vielleicht populistisch, aber es hilft sicherlich nicht weiter.

Dieses Gesetz ist ein Bürokratiemonster. Es bringt viel Arbeit, und es hilft keinem Kind. Liebe Frau Ministerin, hören Sie nicht auf den Ministerpräsidenten. Bessern Sie dieses Gesetz nach.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dierl der CSU-Fraktion vor, bitte schön.

**Franz Dierl (CSU):** Verehrte Kollegin Strohmayr, Sie haben es schön dargestellt, wenn ich auch Ihren Vergleich mit dem Schwein, dem Wiegen und dem Messen mit Kindern nicht ganz teilen konnte; das sage ich an dieser Stelle ehrlich. Wir sollten doch über das Grundproblem nachdenken, dass wir mit dieser wahnsinnigen Willkom-

menskultur, die die Bundesrepublik Deutschland ausstrahlt, die Verschärfung an den Schulen und in den Kitas immer mehr verstärken. Sie fordern hier zwar mehr Personal, mehr Geld, mehr Einsatz; wir haben aber das Problem: Es kommen immer mehr Menschen zu uns, und das Problem wird sich immer mehr verschärfen. Das lässt sich mit Geld und mit Personal bald nicht mehr lösen.

(Beifall bei der CSU)

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Kollege, ich freue mich, dass Sie den Vergleich verstanden haben. Das ist übrigens nicht mein Vergleich, sondern ein Vergleich des BLLV, also eines großen bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands. Ich finde, dieser Vergleich bringt es einfach schön auf den Punkt.

Sicherlich ist Migration eine Herausforderung. Sicherlich müssen wir uns überlegen, wie wir in einer modernen Gesellschaft mit Migration umgehen. Ich persönlich finde, dass die Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten, bei uns richtig sind. Wir brauchen Menschen, die hier arbeiten. Natürlich gibt es viele Herausforderungen; eine Herausforderung ist in der Bildung. Ich finde, nichts ist teurer, als diese Herausforderungen nicht anzunehmen; denn dann hätten Sie hier Menschen, die wir hier nie richtig integrieren können. Ich glaube, das wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Dem ist nicht so, so beschlossen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche rechtzeitig aus dem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen, soweit noch nicht geschehen.